

Dresdner Volkszeitung

1366

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Jugendzeitung einschließlich Sprungheft monatlich 90 Pf. von Post bezogen vierteljährlich 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Ausland 3.00. — Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Kabkation: Spingerrstraße 21, II. Telefon 3466. Sperrstunden nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Spingerrstraße 21. Telefon 1769. Schließtag: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anzeigen werden bei 6 Spalten Preis mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung mit Rabatt gemindert. Vereinsabonnenten 20 Pf. Interesse müssen bis 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 255.

Dresden, Dienstag den 3. November 1908.

19. Jahrg.

Bilows Galgenfrist?

Der Kaiser hat dem Abchiedsgesuch des Reichskanzlers keine geben. Es ist auch begreiflich, daß der Kaiser diesen gediegenen Diener, der so oft für ihn seine Redetalente walten ließ, auch jetzt wieder von „ungerechten Angriffen“ gegen den in der Norddeutschen Allgemeinen reden läßt, nicht auf und Haß hinaussetzt. Ein solches Ende hätte Bülow um selber nicht verdient. Eine andere Frage aber ist die, ob Reichskanzler Bülow meint, daß ihm nur noch eine Galgenfrist, daß er nur noch einen baldigen leidlichen Abgang zu habe, oder ob er meint, daß er auch über die unendlichen Tagen dieser letzten Tage plaudernd und lächelnd weiter hinstreiten und weiter des Reichs Geschicke verwüsten dürften. Berlin, so wird gemeldet, sei das Gerücht mit Bestimmtheit verbreitet, daß der Rücktritt des Reichskanzlers bevorstehe. Man nenne bereits als seinen Nachfolger den General-Lieutenant des Kaisers, General der Kavallerie v. Raden, vom amtierenden General des 17. Armee-Korps; von anderer Seite wird der Reichskanzler in Konstantinopel, der frühere Staatssekretär im auswärtigen Amt Freiherr v. Marschall von Hertefeld als ausländischer Kandidat für das Reichskanzleramt genannt. Andere Nachrichten bezogen, daß Bülow seinen obersten Vorgesetzten machen wolle von dem Verlaufe der erwartenden Erörterungen des Reichstages über den Reichshaushalt.

Rum ist gewiß im Deutschen Reich vieles und alles möglich. Wir können wir noch nicht glauben, daß wirklich der Versuch gemacht werden könnte, die Herrschaft Bilows fortzusetzen zu nicht als ob Rücksicht genommen werden würde auf die Stimmung, die durch die letzten Unbilligkeiten der auswärtigen Politik unter Staatsmännern in Deutschland selbst entsteht ist. Diese Rücksichten sind hierzulande unbekannt und würde es wohl sehr belächelt werden, im Reichstag 500 Millionen Steuern zu beschließen, die nötig sind, um die ungeheuren Kosten seiner Regierungzeit zu bezahlen. Man wird aber wohl bei Rücksicht nehmen müssen auf das Ausland. Gerade die letzten Ereignisse haben auch dem Vordenker von welchen Wirkungen das unruhvolle Temperament des Reichstages geführt hat. Das Ausland sagt dem Kaiser, der durch seinen monotonen Thronfolge an die Spitze des Reiches gestellt ist, die höchsten Verdienste, aber zu gleicher Zeit glaubt es sich gegen einen solchen Kandidaten-Kurs setzen zu müssen, dessen plötzliche Abreise und Ausfälle ihm gefährdend erscheinen. Auf diese Weise kam es, daß das Deutsche Reich allmählich in Isolation gebracht wurde und sich gegenwärtig in der unangünstigsten internationalen Situation befindet. In der Situation aber bedarf das Reich aus allerdingenbedürftigen eines obersten verantwortlichen Staatsmannes, der bei den Regierungen der anderen Staaten Achtung genießt. Bülow dessen dienende Stellung gegenüber dem Kaiser schon immer unzulänglich nicht imponieren konnte, ist durch die Katastrophe der letzten Woche zur komischen Figur Europas geworden.

Der Reichskanzler hat so oft im Verlaufe seiner Kanzlerzeit die Verantwortung übernommen für Handlungen und Reden des Kaisers, die dieser ihm vorenthalten hatte, von denen er erfuhr, als er keinerlei Einfluß mehr geltend machen konnte. Ist ihm — nach der Darstellung des Regierungsbüros — tragikomische Schuld zugesprochen, daß er vom Kaiser um seine nicht befragt worden ist, daß er aber den vorhängenden Vorfall, in dem die seltsamsten, die auswärtige Politik aus tiefster Instanz des Reiches bezeichnet waren, ungenügend an einen Hilfsbeamten zur Prüfung gab und auf dessen Gutachten wiederum ungenügend zur Veröffentlichung zuletzte. Ist so toll und ungeheuerlich, daß wirklich die Meinung laute, die Darstellung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung eine bloße Erfindung, um Vorgänge zu verhüllen, die man andern sich schäme. Jedenfalls ist Bülow dem lauten Weltgeschrei nach kein ausländischer Staatsmann kann noch ernsthaft ihm Unterhandlungen pflegen, schon deshalb nicht, weil nicht mal dafür Gehör gegeben ist, daß Bülow die wichtigsten Ereignisse überhaupt in die Hand erhält und daß er sie liest.

In einem Teil der bürgerlichen Blätter, namentlich in den deutschen und englandberühmten, steht der Entschluß fest. Sie fordern ein entschiedenes Eingreifen des Reichstages. Ein solches wird sich und schnell: Das Maß ist voll! Sozialdemokraten bereitet dieses Schauspiel eine besondere Aufmerksamkeit. Wir haben nicht erst seit gestern und vorgestern die schweren Gefahren des persönlichen Regiments gesehen. Wir haben immer und immer erwartet. Aber man hat unsere Erwartungen als vaterlandsfeindliche Schmähungen ausgegeben und hat uns verächtlich, man hat uns der Reichstagsbeleidigung überlassen und manche unserer Vertreter dem Gefängnis übergeben. Jetzt führen „patriotische“ Blätter eine Sprache gegen den Kaiser, die wir Sozialdemokraten und Monarchisten haben dürfen. Dieselben „Patrioten“ und Monarchisten haben auch stets alle von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung des absolutistischen Zustandes verworfen. Wir haben nicht beantragt, eine wirkliche Verantwortlichkeit des Reichstages gegenüber dem Kaiser zu begründen. Wir haben beantragt, daß die Regierung dem Reichstage niemals rechtsgültig und hinreichend Mitteilungen von den Vorgängen der aus-

wärtigen Politik mache. Wir haben gefordert, daß die leitenden Beamten des Reiches nicht nach dem Ermessen eines Einzelnen bestellt werden, sondern nach den Forderungen der Volkserziehung. Die bürgerlichen Parteien haben jedoch die Dinge jahrelang jahrelang gehen und geschehen lassen. Sie ließen das Unheil seinen Lauf nehmen. Jetzt jammern sie förmlich. Jetzt ist aber der Schaden längst so groß, daß er gar nicht wieder gut gemacht werden kann, und die Verantwortung ist so unerwünscht, daß gar nicht abzusehen ist, wie das Reich heil aus ihr herausgelangen soll!

Der Hauptteil der Schuld trägt wirklich nicht der Kaiser, der Einzelne, der in einsamer Höhe stehend, Unterwürftigkeit und Liebedienst um sich herum, zu einer Selbstherrlichkeit gelangen konnte, die, in Verbindung mit der Sprunghaftigkeit seines Naturells, für die Lösung der Aufgaben der auswärtigen Politik nicht geeignet ist. Den Hauptteil dieser über großen Schuld trägt der Reichstag, insofern die Mehrheitsparteien, die „Nationalen“, die „Patrioten“, welche die Rechte des Parlaments fortwährend preisgegeben und durch feige Hyazinthenerei den Absolutismus des Kaiserregiments haben erhalten und wahren lassen.

In der Tat werden im Reichstage ernste Worte gesprochen werden müssen. Aber vor allem: Es darf nicht bei Worten bleiben, es müssen tatsächliche Maßnahmen getroffen werden, um die auswärtige Politik des Reiches auf eine gesündere Grundlage zu stellen!

Der Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten.

Auf Wunsch des Reichskanzlers tritt, der Köln. Sig. zufolge, der Bundesausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten demnächst zusammen, um vertrauliche Mitteilungen über die schwebenden Fragen der auswärtigen Politik, besonders die Orientfragen, entgegenzunehmen.

München, 2. November. In der hiesigen Presse fordert man die Einberufung des auswärtigen Ausschusses, in dem Bayern den Vorschlag führt, um zu der Kanzlerkrise und deren Ursache Stellung zu nehmen. Es wird überhaupt in der bayrischen Presse über den peinlichen Zwischenfall eine ungewöhnlich scharfe Sprache geführt. Die „Ausführungen“ haben hier abseits nicht befriedigt. Das deutsche Volk sei mündig und verlange Klarheit und Garantien für die Zukunft.

Der nervöse Staatssekretär.

Das Unwohlsein, das gerade gegenwärtig den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Schöen, betroffen hat, ist, wie berichtet wird, hauptsächlich nervöser Natur und auf Überanstrengung zurückzuführen. Als Berater ist v. Schöen, v. Bismarck-Wächter aus Ostpreußen, geboren worden. Schöen kam 1879 in das Auswärtige Amt. Er wurde später unter dem Signamen „Schögel“ vom Kaiserreichlich anerkannt und diente ihm dann mit dem Kaiserreichlich-Redakteur Posthoff. Im Jahre 1885 wurde er Vortragender Rat im Auswärtigen Amt und händiger Reisebegleiter des Kaisers. 1894 kam er als Gesandter nach Hamburg, schon ein Jahr darauf als Gesandter nach Kopenhagen, und er schien hohen Ehren eingesetzt, als er plötzlich, privater Angelegenheiten halber, im Unmunde fiel und nach Ostpreußen verlegt wurde. Dort ist er seit dem Jahre 1900.

Schlimmer als ein verlorenes Schlacht.

Aus Paris wird dem V. T. geschrieben: Wenn auch in der Presse über den Kaiserartikel und die Kanzlerkrise Schweigen eingetreten ist, so kann man doch in jeder Unterredung mit Deutschen und Franzosen feststellen, daß der Eindruck, der von der Nord. Allg. Zeitung gegebene Erklärung in Paris für die Deutschen geradezu niederschmetternd ist. „Schlimmer als ein verlorenes Schlacht“, so charakterisierte eine hervorragende deutsche Persönlichkeit diesen Eindruck. Nebenbei wird dem Erkennen über den Schanden im Betreibe der auswärtigen Politik, zugleich aber auch dem tiefen Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß der Kaiser zu solchen journalistischen Experimenten privater englischer Freunde sich überhaupt herbeiließ.

Der Kriegspfad Wilhelms II. gegen die Buren.

London, 2. November. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte William Redmond den Kriegsminister Balfour, ob ein Postulatum zur Beendigung des Burenkrieges, den Lord Roberts tatsächlich habe, seitens des deutschen Kaisers eingegangen sei, und wenn dies der Fall sei, ob Balfour dieses Schriftstück veröffentlichen wolle. Der Kriegsminister erwiderte, daß die Archive des Kriegsministeriums kein bezichtigendes Schriftstück enthalten; auch sei es nicht in den Besitz irgendeiner anderen mit dem Kriegsministerium zusammenhängenden Stelle gekommen. Ist bin daher, schloß der Minister, nicht in der Lage, den Wunsch nach Veröffentlichung des bezügelten Schriftstückes zu erfüllen. (Gelächter.) Redmond fragte weiter, ob mit Rücksicht auf das große Interesse, das die Angelegenheit gewonnen habe, der Kriegsminister Balfour nachforschen wolle, ob ein solches Schriftstück überhaupt im Lande an irgendeiner anderen Stelle vorhanden sei. Der Kriegsminister antwortete: Ich habe genug mit der Verantwortung für das Kriegsministerium. Es kann nicht wohl verlangt werden, daß ich über mein Amt hinausgehe.

Schlimmer als Schöen.

Die Stimmung in England wird von Londoner Korrespondenten der Berliner Zeitung a. W. so geschildert:

„Die Engländer machen sich heute lustig über die Art und Weise, wie die wichtigsten Geschäfte des Deutschen Reiches geführt werden. Die ganze Angelegenheit wird als eine große Scham für das Deutsche Reich, für den Reichskanzler Bülow und ganz besonders für das Auswärtige Amt betrachtet. „Es übertrifft Schöen“, erklärte ein heutiges Blatt, und das entspricht so ziemlich der allgemein herrschenden Meinung über diesen diplomatischen Skandal. Den Deutschen in London ist zumute, als ob ihr Vaterland in einer großen Schmach eine Niederlage erlitten hätte.“

Die Wirkung in Japan.

Der Neuport Herald meldet aus Tokio: Die Neuport Kaiser Wilhelm von der gelben Gefahr haben in den hiesigen deutschen Geschäftskreisen und auch in der offiziellen deutschen Welt großes Unbehagen hervorgerufen. Man hat die Empfindung, daß die eifrigen Bemühungen, welche seit zehn Jahren geführt wurden, um die deutschen Interessen in Japan zu fördern, durch die Neuport Kaiser Wilhelm vereitelt worden sind.

Die japanische Presse feiert in sehr heftigen Angriffen die Auslassungen Kaiser Wilhelms von der gelben Gefahr und betreffs eines eventuellen Konflikts im Ostindien Ozean. Die halbhohe Japan Times schreiben: Die Erklärung des Kaisers von der Notwendigkeit der Verstärkung der deutschen Flotte in Erwartung ihrer einheitlichen Verwertung in den Gewässern des Ostindien Ozean ist eine Warnung, welche Japan sich zu Herzog nehmen sollte.“

So wird die kaiserliche Politik die Folge haben, daß auch Japan auf weitere Flottenverstärkung sinn. Dann ist wieder ein Grund mehr da, daß wir in Deutschland neue Flottenvorlagen bewilligen sollen!

Zur Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten.

Von unserem Korrespondenten.

Newport, 23. Oktober.

Am 3. November wird die Entscheidung fallen, ob der Republikaner Laft oder der Demokrat Bryan, die beiden einzigen ausführenden Kandidaten, soweit ein direkter Entscheidungskampf kommt, des Präsidenten Roosevelt Nachfolger wird. Am gleichen Tage finden auch die Wahlen zum nationalen Repräsentantenhaus statt, in dem gegenwärtig die Republikaner die Majorität haben.

Ein besonderes Merkmal des zu Ende gehenden Wahlfampfes ist die radikale Phrase, Laft und Bryan überbieten sich darin. Hauptächlich ist es das Thema: Trübs und deren ungedeuer und schädlicher Einfluß auf das gesamte öffentliche Leben und namentlich auf die Gesetzgebung, die eine Variation radikaler Redenart bis zum Unerfüß ermutigen. Laft und Bryan haben das gleiche Mittelteil: Die Auffündigung aller derartigen Rhetorikern durch den Bund. Bryan hat außerdem die Forderung aufgestellt, die Trübs zu lizenzieren, das heißt ihre Erteilung von dem guten Willen der Bundesbehörden abhängig zu machen, ihre Produktion auf einen bestimmten Prozentsatz der Gesamtproduktion zu beschränken und den Preis der von ihnen erzeugten Waren zu regulieren.

Ein nicht minder erregendes Feld für den „Radikalismus“ der Kandidaten der republikanischen und demokratischen Partei bietet die „warme Fürtorge“ für die Arbeiter überhaupt; und besonders für die Gewerkschaften. Die Wählenden Bryan und Laft rufen von Freundschaft für die Arbeiter. Alles wird versucht, um die furchtbaren Schläge, die der Arbeiter während der letzten Jahre erteilt worden sind, so die Anti-Boykottentscheidung des Oberbundesgerichts, die Einheitsbefehle gegen Streikende, das Verbot des Ausschließens von Streikposten, das Aufgebot von Militär gegen Ausländer (namentlich im „demokratischen“ Süden), vergessen zu machen und die Unzufriedenen wieder in das Lager der bürgerlichen Parteien zu ziehen.

Bei diesem Verände haben die Demokraten bedauerlicherweise die tatkraftige Unterstützung amerikanischer Gewerkschaftsführer gefunden. Präsident Samuel Gompers der Federation of Labor (Arbeiterbund) und die Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses der Federation entschließen sich nicht, in ihrer offiziellen Eigenschaft den Arbeitern die Wahl des Präsidentschaftskandidaten Bryan zu empfehlen, derselben Bryan, der die Arbeiter „öffentliche Bettler“ geschimpft hat. Obendrein reisen die Herren in Extrazügen im Lande umher und halten Wahlreden zugunsten Bryan's. Nicht genug damit, führten sie von Beginn des Wahlfampfes einen widerwärtigen Verleumdungskampagne gegen die sozialistische Partei und deren Präsidentschaftskandidaten Debs, über den Gompers in seinem Federationist, dem offiziellen Organ der Federation of Labor, schrieb, daß die Kosten seiner Agitation von dem Fabrikantenbund getragen werden. Diese niederrückliche Verleumdung hat auf der einen Seite die in ihrer Richtung befindlichen Gewerkschaftsverbände und zahlreiche Einzelnen in heftigen Protesten veranlaßt. Auf der anderen Seite legten die republikanischen Gewerkschaftsführer und Fortschrittler Verwahrung dagegen ein, daß ihre demokratischen Kol-